

Persönlich / Vertraulich

Protokoll

Anlass	Sitzung Kommission Energie & Umwelt
Ort	economiesuisse, Hegibachstrasse 47, Zürich oder per MS Teams
Datum	4. März 2026
Zeit	14.00-17.00 Uhr
Anwesend	Sitzungsleitung: Urs Schellenberg, E. Textildruck AG Björn Avak (Electrosuisse), Nina Bachmann (Swisstextiles), Michael Beer (BKW), Judith Bellaiche (asut), Roland Bilang (Avenergy), Daniela Decurtins (VSG), Louis Ducret (Baumeisterverband), Lukas Federer (economiesuisse), Raphael Jenny (Glencore), Alexander Keberle (economiesuisse), Lea Klingenberg (economiesuisse), Renato Marioni (WEC), Lukas Möhr (HotellerieSuisse), Chris Roth (Swissmem), Frank R. Ruepp (EnAW), Benjamin Schmid (Ziegelindustrie), Franziska Streich (SVV), Stefan Vannoni (cemsuisse), Felix Wenger (McKinsey), Dominique Werner (scienceindustries),
Online	Erol Bilecen (SBVg), Aloisa Predota (fial/Nestlé), Marc Rüdüsüli (Swiss), Marius Schlegel (Swisscom), Tobias Stalder (ABB),
Gastreferent	Urs Meister, Geschäftsführer Fachsekretariat ECom Stefan Vannoni, Direktor, cemsuisse und Benjamin Schmid, Geschäftsführer Ziegelindustrie Schweiz
Entschuldigt	Lionel Dossetto (Accenture), Anita Eckhart (Implenia), Angelo Geninazzi (AITI), Iris Grob (Siemens), Michael Hug (HKBB), Stefan Jäggi (VFAS), Andrew Karim (IG Landesflughäfen), Jean-François Krähenbühl (CVCI), Christian Niederer (Roche), Thomas Porchet (Axpo), Dominique Rochat (economiesuisse), Hendrik Rowedder (Handel Schweiz), Roberto Todaro (IGEB), Roger Wehrli (chocosuisse)
Protokoll	Michaela Bolliger, 16. März 2026

1 Begrüssung und Protokoll vom 1. Dezember 2025

U. Schellenberg begrüsst die Anwesenden zur ersten Sitzung in diesem Jahr. Ein besonderer Dank geht an die heutigen Gastreferenten Urs Meister (EiCom) sowie Stefan Vannoni (cemsuisse) und Benjamin Schmid (Ziegelindustrie). Gerne begrüssen wir an dieser Stelle auch Franziska Streich (SVV) und Marc Rüdüsüli (Swiss), welche zum ersten Mal in dieser Runde dabei sind.

Zu den Traktanden gibt es keine Ergänzung.

Das Protokoll vom 1. Dezember 2025 wird genehmigt und verdankt.

2 Inputreferat: Aktuelle Herausforderungen im Schweizer Strommarkt (Präsentation liegt bei)

U. Meister dankt für die Einladung. In seinem Referat unterstreicht er die aktuellen Herausforderungen im Schweizer Strommarkt. Der Ausbau der erneuerbaren Energien führt in der Ausgleichs- und Regelenergie zu immer grösseren Abweichungen, welche wiederum höhere Kosten für die Verbraucher nach sich ziehen. Die Situation ist komplex, gewisse Herausforderungen sind strukturell, andere lassen sich durch optimiertes Marktdesign beheben. Die EiCom hat zur Entwicklung des Regelenergiemarktes Ende 2025 zwei Studien durchgeführt: [Newsletter_11-2025_D.pdf](#).

Betreffend Stromabkommen informiert *U. Meister*, dass die europäische Anbindung die Liquidität auf dem Regelenergiemarkt erhöhen würde und damit die Kosten senken würde. Die EiCom hat sich insgesamt dezidiert für das Abkommen ausgesprochen. Die Schweizer Grundversorgung ist sehr komplex, da es über 580 Grundversorgungstarife gibt (fast so viele wie Netzbetreiber). Hier ist gemäss *U. Meister* dringend eine Vereinfachung nötig. Die heutige Grundversorgung schütze die Strukturen und nicht die Verbraucher.

U. Schellenberg dankt *U. Meister* für die interessanten Ausführungen.

3 Energiepolitik: Updates

L. Federer gibt ein kurzes Update über das Stromabkommen und die Bilateralen III (Folien 5-11).

Die Meinungsbildung innerhalb von economiesuisse wird in der zweiten Märzhälfte erfolgen, damit die Positionierung für den parlamentarischen Prozess im April bereit ist.

Es wird keine weitere Diskussion gewünscht.

4 Bericht aus der Vorstandsausschusssitzung vom 26. Januar

A. Keberle informiert kurz über die wichtigsten Themen anlässlich der letzten Sitzung. Silvan Wildhaber wurde als neuer Präsident von economiesuisse nominiert. Diskutiert wurden weiter das EP27 sowie die Armeefinanzierung. economiesuisse ist es ein grosses Anliegen, dass es zu keiner Aushebelung der Schuldenbremse kommt und das EP27 angenommen wird. Zudem ist man sich einig, dass es für die Sicherheit der Schweiz eine starke Armee braucht. Ein Schwerpunktthema von economiesuisse ist in diesem Jahr der Bürokratieabbau. Mit Unterstützung von Mitgliedern und Partnerverbänden sollen diverse Massnahmen ausgearbeitet werden. Ein neues Projekt «Call to action» soll auch vermehrt den Vorstand und den Vorstandsausschuss bei gewissen Themen unterstützend einbinden.

Auf den Folien 14 bis 24 nimmt *A. Keberle* eine kurze standortpolitische Lagebeurteilung vor (auch im Vergleich zu anderen Ländern). Folie 25 gibt einen groben Überblick über die wichtigsten Projekte von economiesuisse. Das wichtigste Fazit: Der Schweiz geht es gut, aber sie entwickelt sich nicht gut.

U. Schellenberg dankt für die Ausführungen und betont die Wichtigkeit einer solchen Einordnung. Der Schweizer Wohlstand darf nicht nur statisch betrachtet werden, sondern muss auch dynamisch gesichert werden.

5 Umweltpolitik: Updates (Diskussion auf Wunsch)

L. Klingenberg gibt ein kurzes Update anhand der verschickten Hintergrundinformationen.

PFAS-Regulierung: Die parlamentarische Beratung dazu wurde vertagt.

Kreislaufwirtschaft: Das revidierte Umweltschutzgesetz (USG) ist seit letztem Jahr in Kraft. Weiter wurde für das Verordnungspaket 20 die Vernehmlassung eröffnet. Mit diesem sollen Branchenlösungen gestärkt sowie das Abfallmonopol gelockert werden. Problematisch scheint, dass das BAFU mit neuen Hürden in der Verordnung den Aufbau von neuen Branchenlösungen eher erschwert als stärkt.

Gewässerschutz: Hierzu läuft noch bis nächste Woche die Vernehmlassung.

L. Federer ergänzt, dass das Thema PFAS im Parlament eine hohe Relevanz genießt. Die politische Energie ist mit dem Aktionsplan des Bundesrats aktuell gut kanalisiert, obwohl auch weiterhin Grenzwert- und Verbotsdiskussionen im Parlament laufen. *cemsuisse* schlägt vor, dass sich die Unternehmen bei den Arbeiten des Bundes einbringen. Bei der Festlegung von Grenzwerten etc. muss die Expertise der Wirtschaft einfließen, damit realitätsnahe Lösungen gefunden werden können. Gemäss *scienceindustries* ist die [Mo. Maret 22.3929s](#) noch hängig. Sorgen bereiten ihnen die Vorschläge betreffend Reportingpflichten sowie die damit verbundenen administrativen Aufgaben, die zudem auch bei den Behörden viele Ressourcen binden. *Swisstextiles* informiert, dass in der Textilproduktion ein neuer Teststandard entwickelt wurde; dies mit dem Effekt, dass nun in jedem Produkt PFAS nachgewiesen wird. Dieser neue Teststandard wurde ohne gesetzgeberischen Auftrag eingeführt. In der EU ist ein PFAS-Beschränkungsverfahren in Arbeit, jedoch wird die Kritik stärker. Frankreich hat diesbezüglich eine eigene Regelung eingeführt. *scienceindustries* ergänzt, dass sie in Kontakt mit dem Bund stehen und darum gebeten haben bei der Mo. Maret und dem Postulat Moser in die Diskussionen mit einbezogen zu werden. Bisher leider ohne Ergebnis. *L. Federer* informiert über das geplante Spitzentreffen mit dem BAFU vom 10. März, an welchem dieses Thema auch traktandiert ist.

Vollzugshilfe Green Claim: Hier sind immer noch grössere rechtliche Risiken vorhanden. Gemäss *L. Klingenberg* hätte es die neue UWG-Norm nicht gebraucht, da es bereits früher verboten war irreführende oder unwahre Angaben zu machen. Das BAFU hat nun ihre Vollzugshilfe veröffentlicht; *economiesuisse* analysiert die Auswirkungen und offenen Fragen.

Biodiversitätskonferenz BDP COP-17 in Armenien: *economiesuisse* wurde wiederum angefragt, eine Person aus der Wirtschaft an diesen Anlass zu nominieren. Bei Interesse kann man sich direkt bei Lea Klingenberg, (lea.klingenberg@economiesuisse.ch) melden.

6 Inputreferat: Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung – Wachsende Herausforderung für die Wirtschaft

S. Vannoni und B. Schmid danken für diese Gelegenheit und zeigen in ihrem Referat auf, dass die Zement- und Ziegelindustrie in punkto Nachhaltigkeit vor grossen Herausforderungen stehen. Diese sind exemplarisch für Entwicklungen, mit denen auch andere Sektoren konfrontiert sind, die an den Staat verkaufen. Ein grosses Problem sind geforderte Normen und Standards: So sind bei Nachhaltigkeitsnormen keine Nachvollziehbarkeiten gegeben und Ökobilanz-Büros haben faktisch einen Monopol-Status. Kommt hinzu, dass bei den Ökobilanzdaten im Baubereich keine Kongruenz und Vergleichbarkeit (z.B. mit der EU) gegeben ist. So kommen oft importierte Produkte zum Zug, deren Datenblätter auf den ersten Blick nachhaltiger erscheinen. Normen und Standards haben somit einen kostentreibenden und quasi-legislativen Charakter, der sehr problematisch ist.

Diskussion:

L. Federer vermutet, dass es bei der CO₂-Vermeidung u.a. auch darum geht, die zusätzlichen Kosten auf die Industrie abzuwälzen. Die öffentliche Hand steht aufgrund der "Vorbildfunktion" der Verwaltung in der Klimapolitik vor enormen Herausforderungen. Der Druck auf normative Werte steigt, jedoch gibt es keine Hinweise auf konkrete Massnahmen, wie diese technisch machbar und anwendbar sind. *D. Decurtins* bestätigt ähnliche Tendenzen in der Gasindustrie und schlägt vor, das Thema zu vertiefen – wo hätte die

Wirtschaft Hebel, um auf die Normen einzuwirken? *L. Federer* merkt auch hier an, das Thema werde mit dem BAFU aufgenommen.

L. Ducret schlägt vor evtl. mit der Beschaffungskonferenz der Kantone (BKB) in Kontakt zu treten.

7 Klimapolitik: Updates

Klimafondsinitiative: *L. Federer* informiert, dass diesen Sonntag über diese abgestimmt wird. Die bisherigen Umfragewerte deuten auf eine klare Ablehnung hin.

Klimapolitik nach 2030: Die Eckpunkte der aktuellen Positionierung von *economiesuisse* finden sich auf Folie 30. Die Neuausgestaltung der Klimapolitik nach 2030 wird die Wirtschaft in der zweiten Jahreshälfte stark beschäftigen. Momentan laufen Hintergrundgespräche für "fact finding" mit dem BAFU.

Diskussion:

Avenergy setzt sich für eine Lösung ein, die dem Klima nutzt und gleichzeitig wirtschaftsverträglich ist. Sie stehen hinter einer CO₂-Abgabe. Für die *EnAW* ist die momentane Situation rund um die Zielvereinbarungen inakzeptabel. Aufgrund der geänderten CO₂-Verordnung wird der Abschluss einer neuen Zielvereinbarung viel teurer und zeitintensiver. Weshalb sich viele Unternehmen dazu entscheiden, die CO₂-Abgaben zu entrichten. Die *EnAW* ruft sowohl Einzelunternehmungen sowie Verbände auf sich zu wehren und steht diesen gerne unterstützend zur Seite.

Gemäss *L. Federer* gilt der gesetzliche Auftrag der Zielvereinbarungen bis 2040. Das Parlament hat sich ausserdem dafür ausgesprochen, das System für alle Firmen zugänglich zu machen.

8 Vernehmlassungen/Anhörungen

Auf Folie 31 sind die abgeschlossenen sowie laufenden Vernehmlassungen aufgeführt. Schriftliche Eingaben werden gerne entgegengenommen.

9 Varia und nächste Sitzung

Die nächste Sitzung findet am **24. Juni 2026 von 14.00-17.00 Uhr** bei *economiesuisse*, Hegibachstrasse 47, in Zürich statt. Die weiteren Sitzungsdaten sind der 8. September und der 19. November.

U. Schellenberg dankt allen für die aktive Teilnahme und schliesst die Sitzung.